



Jahresbericht 2019

Menschenrechte – ein Anliegen

Weltweit gehen vor allem junge Menschen auf die Straße und demonstrieren für Klimaschutz. Als Menschenrechtsorganisation sympathisieren wir mit den Protesten, denn die Umsetzung der Menschenrechte ist auf den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen angewiesen.

Das NMRZ ist ein von ehrenamtlicher Arbeit getragener Verein, der sich in und von Nürnberg aus für die Menschenrechte stark macht, indem er über Menschenrechte informiert, den Diskurs über Menschenrechte belebt, Menschenrechtsbildung betreibt, in menschenrechtlichen Fragen Stellung bezieht sowie sich gemeinsam mit anderen für eine entschiedene Menschenrechtspolitik einsetzt.

Die Kampagnenarbeit gehört nicht zu unseren Schwerpunkten. Dennoch zeigen uns die Protestbewegungen, wie wichtig es ist, unsere menschenrechtlichen Anliegen öffentlichkeitswirksam zu vermitteln und die große Bedeutung der Menschenrechte für unser alltägliches Zusammenleben in Deutschland und Europa sowie für die großen Probleme der Welt allseits verständlich zu machen. Da darf dann auch Esprit und Witz in den Aktionen sein.

Auch Gefühle spielen eine große Rolle. Zu Beginn der Flucht vieler Menschen aus Syrien haben wir erlebt, wie in Deutschland eine „Willkommenskultur“ gegenüber Bürgerkriegsflüchtlingen entstand, deren Schicksal vielen Menschen zu Herzen ging. Wir haben aber auch erfahren müssen, wie später gezielt Stimmung gegen Geflüchtete gemacht und Hass geschürt wurden. Desinformationen und Hass gefährden inzwischen auch die Grundlagen unserer Demokratie und die menschenrechtlichen Errungenschaften.

Der Erhalt und die Förderung einer gelebten Kultur der Demokratie und der Menschenrechte sind uns ein echtes Anliegen. Schön, dass so viele – auch junge – Menschen im NMRZ daran mitwirken.

Michael Krennerich
Vorsitzender des NMRZ

Inhalt

Das NMRZ ...

wird 30! 3

- ... informiert über Menschenrechte** 4 Zeitschrift für Menschenrechte
- 4 Webseiten
- 5 Bibliothek und Zeitschriften
- 5 Social Media
- 6 Ausgewählte Publikationen

... belebt den Diskurs

- 7 Internationaler Nürnberger Menschenrechtspreis 2019
- 8 Sendung „demokratie“
- 8 Konferenz „Human Rights in Times of Contestation“
- 9 Fotowettbewerb: Meine Rechte. Deine Rechte. Ausgelöst!
- 10 Menschenrechtsfilmpreis
- 11 Kinderrechtekonvention
- 12 Aus unserem Gästebuch

... betreibt Menschenrechtsbildung

- 14 Bildungsprogramm
- 14 Menschenrechtsmontag (MeMo)
- 15 Vortrag „Israelbezogener Antisemitismus“

... berät und nimmt Stellung

- 16 Leitlinien gegen das Verschwindenlassen
- 16 Schattenbericht Kindersoldaten
- 17 Anhörung zum Menschenrechtsbericht der Bundesregierung
- 18 Eindeutigkeit gegen völkische Weltbilder

... mischt sich in Menschenrechtspolitik ein

- 22 Forum Menschenrechte
- 22 Deutsches Institut für Menschenrechte
- 22 Nürnberger Bündnis Fair Toys

Team

- 24 Praktikantinnen und Praktikanten
- 25 Büroleitung
- 26 Aktive 2019

Das NMRZ wird 30!

An einem lauen Herbstabend feierte das Nürnberger Menschenrechtszentrum sein 30-jähriges Bestehen im Foyer des Heilig-Geist-Spitals. Begrüßt wurden die geladenen Gäste von Michael Krennerich, der in seiner kurzweiligen Rede auf die kleinen Anfänge der hiesigen Menschenrechtsarbeit in der Adlerstraße einging und die enorme Entwicklung, die das NMRZ in drei Dekaden durchlief. Er betonte darin ebenfalls die gute wie auch wichtige Zusammenarbeit mit dem Centre for Human Rights Erlangen-Nürnberg (CHREN) an der FAU Erlangen-Nürnberg sowie mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte, dessen Direktorin, Prof. Dr. Beate Rudolf, dem NMRZ die Ehre erwies, zur Feier zu kommen.



Als besonderes Highlight fand eine Stille Auktion statt, bei der zwei Bilder des Fotowettbewerbs 2018 versteigert wurden. Die Gewinner*innen waren Klaus Scholz von Amnesty International Bezirk Mittel- und Oberfranken sowie Nicole Scharrer vom NMRZ. Die Einnahmen kommen dem NMRZ zugute.

Ein weiterer Höhepunkt der Feierlichkeiten war die musikalische Umrahmung, die durch Opernsängerin Daniela Yurrita und deren Begleitung, Pianistin Tiffany Nancy Lohner, gestaltet wurde. Das Repertoire umfasste Stücke, die einen menschenrechtlichen Bezug hatten. Zurecht gab es tosenden Applaus, obwohl auch stehende Ovationen angebracht gewesen wären, doch diese sind leider bei einem Stehempfang nicht möglich. Trotzdem gab es eine sehr gelungene Zugabe.

Bei beschwingter Jazzmusik ließen die Gäste mit angeregten Gesprächen und einem kleinen Plausch, veganen Häppchen und Sekt den Abend in den Räumlichkeiten an der Pegnitz ausklingen.

... informiert über Menschenrechte

Zeitschrift für Menschenrechte

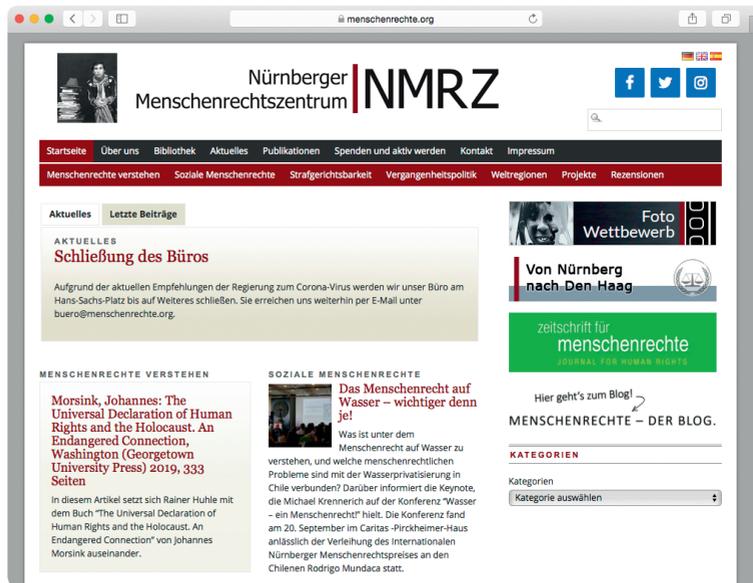


Das NMRZ ist Redaktionsitz der halbjährlich erscheinenden „Zeitschrift für Menschenrechte. Journal for Human Rights“ (zfmr). Michael Krennerich ist Mit-Gründer und leitender Herausgeber der zfmr. Die beiden Ausgaben des Jahres 2019 legten die Themenschwerpunkte auf „Menschenrechte in Zahlen“ und „Menschenrechte im Ausnahmezustand“. Die Zeitschrift ist interdisziplinär ausgerichtet und spricht trotz ihres wissenschaftlichen Charakters eine breite Leserschaft an. Vertrieben wird sie über den Wochenschau-Verlag.

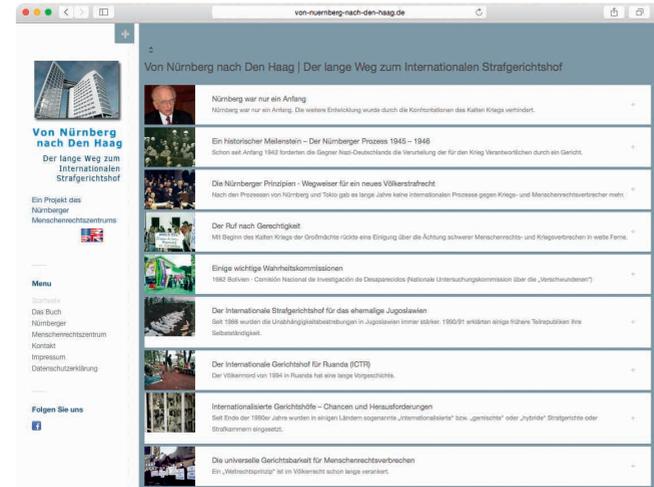
www.zeitschriftfuermenschenrechte.de

Webseiten

Die Webseite des NMRZ (www.menschenrechte.org) beinhaltet ausgewählte Beiträge und Analysen aus den jeweiligen thematischen Arbeitsfeldern, aber auch Hinweise auf Kampagnen und aktuelle Veranstaltungen. Größtenteils stammen die Artikel aus der Feder von NMRZ-Mitarbeiter*innen, zusätzlich werden aber auch ausgewählte „Fremdbeiträge“ veröffentlicht.



Weiterhin betreibt das NMRZ die Webseite www.von-nuernberg-nach-den-haag.de. Die Seite informiert über den Weg der Nürnberger Prozesse bis zur Entstehung des Internationalen Strafgerichtshofs. Zudem berichtet sie über die aktuellen Entwicklungen in den Strafgerichtsprozessen.



Der Buch- und Zeitschriftenbestand des NMRZ umfasst schwerpunktmäßig Veröffentlichungen über die Menschenrechtssituation in Lateinamerika sowie ein umfangreiches Sortiment zu den Arbeitsfeldern des NMRZ. Unser Bücherkatalog kann auf unserer Website www.menschenrechte.org unter „Bibliothek“ eingesehen werden. Auch unser über 11.000 Einzel-exemplare umfassende Zeitschriftenbestand kann dort abgerufen werden. Besucher*innen können zu unseren Öffnungszeiten gerne in der Bibliothek stöbern.

Bibliothek und Zeitschriften

Mit einer aktiven Online-Präsenz machen wir auch in sozialen Netzwerken auf menschenrechtliche Thematiken aufmerksam, informieren über aktuelle Entwicklungen und stellen interessante Veranstaltungen in der Region vor. Im Jahr 2019 haben wir unsere Öffentlichkeitsarbeit beständig erweitert und ausgebaut. Mit durchdachten und sorgfältig recherchierten Posts und Tweets konnten wir immer mehr Menschen erreichen. Nicht zuletzt wäre dies ohne die zuverlässige und umfangreiche Unterstützung durch unsere Praktikant*innen nicht möglich gewesen, die einen großen Teil zur inhaltlichen Arbeit beigesteuert haben.

Social Media

Doch wie geht es weiter? Auch 2020 werden wir unsere Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich fortsetzen und sie weiterhin professionalisieren. Ebenso rufen wir einen NMRZ-Blog ins Leben, auf dem wir aktuelle Entwicklungen aus einer menschenrechtlichen Perspektive kritisch begleiten und bewerten werden. Neben den Artikeln auf unserer Webseite wird der Blog unsere Arbeit in den sozialen Netzwerken maßgeblich bereichern.

Michael Krennerich:

- Kindernothilfe/Terre des Hommes Deutschland/ World Vision Deutschland/ Deutsches Bündnis Kindersoldaten (Hrsg.): Schattenbericht Kindersoldaten 2019, von Prof. Dr. Michael Krennerich, Berlin u.a. 2019.
- Straight 18 – und die menschenrechtliche Kritik an Minderjährigen in der Bundeswehr, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Vol. 13, 2019, Nr. 2, S. 132–156.
- „Menschenrechtspolitik in unsicheren Zeiten“. Stellungnahme zum „13. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik“. Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, Ausschussdrucksache 19(17)56, Berlin 2019.
- Von Indizes, Weltkarten und Länderrankings zu Menschenrechten, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Vol. 13, 2019, Nr. 1, S. 179-192.
- Ein Recht auf (menschenwürdiges) Wohnen?, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Gesucht! Gefunden? Alte und neue Wohnungsfragen, Bonn, 2019, S. 22–35.
- Menschenrechte unter autoritären und demokratischen Vorzeichen in Lateinamerika, in: Kalny, Eva/ Wagner, Heike (Hrsg.): Menschenrechte in Lateinamerika, Baden-Baden, 2019, S. 43–54.

Rainer Huhle:

- „Ausschuss gegen das Verschwindenlassen | 14. und 15. Tagung 2018“, in: Vereinte Nationen 2/2019, S. 86–87
- De Berlín al Mediterrani – El mur i les seves metamorfosis, Barcelona (Ayuntamiento de Barcelona) 9 setembre 2019 (Die Druckversion nur als Büchlein auf Katalanisch) (Vortrag spanisch auf youtube: <https://t1p.de/4xf>)
- „Acht Jahre Kampf gegen das Verschwindenlassen“, in: Vereinte Nationen 5/2019, S. 220–224
- „Prólogo“, in: La Desaparición Forzada en México: Una Mirada desde los Organismos del Sistema de Naciones Unidas, México (CNDH/ONU-DH) 2019, S. 9–15 (auch e-book)

Otto Böhm und Doris Katheder:

- „Grundkurs Menschenrechte. Die 30 Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Kommentare und Anregungen für die politische Bildungsarbeit“, Lizenzausgabe der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2017.
- „Die Suche nach Schuld und Gerechtigkeit im Saal 600 Eine politische Fachdidaktik des Internationalen Militärtribunals von Nürnberg“, Download: <https://t1p.de/ljnh>

... belebt den Diskurs

Zum dreizehnten Mal verlieh die Stadt Nürnberg am Sonntag, den 22. September 2019 den Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis, in dessen Begleitprogramm das NMRZ eingebunden war. Ausgezeichnet wurde in diesem Jahr der chilenische Agraringenieur Rodrigo Mundaca, der sich für das fundamentale Menschenrecht auf Wasser einsetzt.

Internationaler Nürnberger
Menschenrechtspreis 2019



Seit 39 Jahren liegen Wasserrechte in Chile in Privathand. Welche Probleme daraus resultieren, zeigt sich in Petorca, der Heimatregion Mundacas und Zentrum des Avocadoanbaus in Chile. Die Produktion ist fest im Griff großer Agrarunternehmen. Daraus ergeben sich Konflikte mit lokalen Kleinbauern und der ländlichen Bevölkerung, denn: es wird übermäßig viel Wasser aus Flüssen und dem Grundwasser entnommen – auch illegal. Die Sanktionen dafür fallen verschwindend gering aus und schrecken große Unternehmen kaum ab. „In Chile ist Wasserraub eine Ordnungswidrigkeit, kein Umweltverbrechen“, erklärt Rodrigo Mundaca in seiner bewegenden Rede.

Während große Anbauflächen der wasserintensiven Avocado – Schätzungen zufolge werden für ein Kilo Avocados 1.000 Liter Wasser benötigt – ausreichend Bewässerung beziehen, sitzt die lokale Bevölkerung buchstäblich auf dem Trockenen. Tausende Menschen hängen Mundaca zufolge von der Trinkwasserlieferung aus Lastwägen ab. Sie müssen mit 50 Liter Wasser pro Person am Tag auskommen. Auch Flüsse, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner vor einigen Jahren noch baden konnten, sind versiegt.

Rodrigo Mundaca kämpft für den freien und gerechten Zugang zu Wasser. Als Generalsekretär der Organisation Modatima (Movimiento de Defensa por el protección del Medio Ambiente/ Bewegung zur Verteidigung des Zugangs zu Wasser, der Erde und des Umweltschutzes) macht er auf die Zustände in Chile aufmerksam und nimmt damit auch Risiken in Kauf. Nicht selten wird, er der Verleumdung angeklagt, strafrechtlich verfolgt und sogar verurteilt.

Zwischen 2012 und 2014 musste er sich 24 Mal vor Gericht verantworten. Auch Einschüchterungen, Bedrohungen und Morddrohungen gehören dazu. Diesen Gefahren ist sich Mundaca bewusst. Seine Dankesrede widmet er deshalb den inhaftierten und ermordeten Bürgerinnen und Bürgern Chiles, insbesondere den Umweltaktivisten Berta Cáceres, Macarena Valdés y Alberto Curamil.

Vor rund 900 Gästen wurde ihm der Preis von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Jurymitglied und Anne Brasseur überreicht. Fernsehjournalistin Katty Salié moderierte die Veranstaltung. Das Grußwort hielt der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck, der neben dem Preisträger auch Nürnbergs Engagement für den Schutz der Menschenrechte lobte. Die Laudatorin Anne Brasseur dankte Mundaca für seinen unermüdlichen Einsatz und Kampf um ein so elementares Menschenrecht wie Wasser. Gleichzeitig betonte sie, den Preis auch als Appell an uns alle zu sehen. Denn jeder Einzelne müsse den Verbrauch von Wasser bewusster hinterfragen.

Mit der Vorführung des Kurzfilms „Secos“ erhielten die Gäste einen eindrucksvollen Einblick in die Thematik. Namhafte chilenische Schauspielerinnen und Schauspieler unterstützen Modatima darin, indem sie die Privatisierung des Wassers in Chile kritisieren und den freien Zugang zu Wasser fordern.

Der Film schließt mit einem Zitat des uruguayischen Schriftstellers Eduardo Galeano. Und damit schließt auch Rodrigo Mundaca seine Rede: „Viele kleine Menschen in kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, können die Welt verändern.“

Sendung „demokratie“

„Meinungsvielfalt“ lautete das Thema der 30-minütigen Sendung „demokratie“ am 14. Mai 2019 auf ARD-alpha. Michael Krennerich war Studiogast und sprach über die Meinungsäußerungsfreiheit und ihre Schranken.

Konferenz „Human Rights in Times of Contestation“

„The times, they are a changin““. So lautet die berühmte Bürgerrechts-hymne von Nobelpreisträger Bob Dylan, deren Aussage auch heute noch gilt. Die interdisziplinäre Konferenz „Human Rights in Times of Contestation“ bot eine Plattform für Aktivist*innen, Akademiker*innen und Politiker*innen, um zusammenzukommen und zu diskutieren, wie wir uns vom Status Quo weiterbewegen können.

Die Veranstaltung, die vom 28. bis 29. Juni im historischen Rathaus der Stadt Nürnberg stattfand und bei der das NMRZ Mitveranstalter war, war sowohl inspirierend als auch ambitioniert. Es war beeindruckend, eine so hochqualifizierte Gruppe von Akademiker*innen versammelt zu sehen, die, trotz der schweren Zeiten, auf die auch der Titel der Konferenz hinwies, ihre Hoffnung für die Zukunft ausdrückten.



Die Konferenz bot auch die Möglichkeit für nachdenkliche Dialoge zwischen Forscher*innen aus verschiedenen Disziplinen, von Politikwissenschaftler*innen zu Ökonom*innen und Philosoph*innen, die in einer aufmerksamen und respektvollen Atmosphäre Perspektiven austauschten.

Dabei wurde klar, dass diese Menschenrechtsverteidiger*innen tatsächlich nach ihren Idealen handeln: sie zeigten nicht nur ihren Kolleg*innen Respekt und Anerkennung, sondern auch den jüngeren Student*innen und den restlichen Teilnehmer*innen der Konferenz. Veranstaltungen wie diese helfen zukünftigen Akademiker*innen und Aktivist*innen dabei, sich weiterhin aktiv für die Würde aller Menschen einzusetzen.

Auch im letzten Jahr war unsere Wanderausstellung viel unterwegs: Von der Universität Würzburg zum Religionspädagogischen Zentrum in Heilsbronn; von KREUZ & QUER, Haus der Kirche in Erlangen bis zu Stadtteileinrichtungen in Hamburg Bramfeld; vom Anthroposophischen Zentrum in Kassel zu einigen Schulen, u.a. dem Helene Langer Gymnasium in Fürth und dem Montessori Schulzentrum in Nürnberg. Jeweils war die Ausstellung eingebunden in ein intensives Begleitprogramm. Inzwischen haben wir die Ergebnisse der drei Wettbewerbe in einer Ausstellung zusammengefasst und passen sie der jeweiligen Situation an. Anfragen liegen weiter vor und Ulrich Obermeyer, Kurator der Ausstellung, versucht, diesen gerecht zu werden.

Insgesamt kann man auch dieses Jahr sagen, dass die Ausstellung gebraucht wird und in die verschiedensten Einrichtungen hineinwirkt. Bei Interesse stehen wir gerne für eine Beratung bereit.

Fotowettbewerb:
Meine Rechte. Deine Rechte. Ausgelöst!

Alle zwei Jahre wird er verliehen: Der Deutsche Menschenrechtsfilmpreis. Vertreterinnen und Vertreter aus 21 zivilgesellschaftlichen Organisationen veranstalten die höchste deutsche Auszeichnung für Film- und Fernsehproduktionen zu menschenrechtsrelevanten Themen. Unter den 21 Veranstaltern sind kirchliche Einrichtungen, wie Missio oder die Bahá'í, Gewerkschaften, wie der DGB, große Wohlfahrtsverbände, berufliche Interessenvereinigungen, wie der Deutsche Anwaltsverein und natürlich Menschenrechtsorganisationen, wie Amnesty International und Pro Asyl.

Aus Nürnberg ist neben dem Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg auch das Nürnberger Menschenrechtszentrum Veranstalter des Deutschen Menschenrechtsfilmpreises. Das NMRZ war sogar Mitinitiator, als der Preis 1998 zum ersten Mal verliehen wurde. Noch heute wird die fachliche Expertise des NMRZ in der Runde der Veranstalter sehr geschätzt, wenn es um die Bewertungen der eingereichten Filme in der Vorjury geht. Nachdem der Einsendeschluss immer im August des Verleihungsjahres verstrichen ist, haben die Vorjury-Mitglieder etwa einen Monat Zeit, um die Filme erst individuell, dann in der gemeinsamen Runde zu sichten und zu bewerten. Aus diesen Vorauswahlen gehen die Nominierungen für die Hauptjurs hervor, die dann meist im Oktober tagen und die Entscheidungen der Preisträger*innen treffen.

Den Preis in der Kategorie Profi Langfilm erhielt 2018 das Drama ‚Styx‘ des österreichischen Regisseurs Wolfgang Fischer. Tagepolitisch aktuell thematisiert Styx das Sterben von Geflüchteten und die Seenotrettung im Mittelmeer. Die Jury begründet ihre Auswahl unter anderem wie folgt: „So wird die packende Geschichte, die geschickt mit den Elementen des Seeabenteuer-Genres spielt, zu einer Metapher für den Zustand unserer gesellschaftlichen Realität. ‚Styx‘ bezieht seine Wucht aus der geradezu archaischen Begrenzung auf einen überschaubaren, erzählerischen Rahmen, in dem die Schärfe des Konflikts umso deutlicher wird ...“

In der Kategorie Profi Kurzfilm standen 2018 die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte im Mittelpunkt, konkret: das Recht auf Gesundheit. Der Protagonist des Dokumentarfilms „Joe Boots“ von Florian Baron kehrt aus seinem Militäreinsatz im Irak schwer traumatisiert zurück. Das US-amerikanische Gesundheitssystem attestiert ihm eine posttraumatische Belastungsstörung und man verschreibt ihm Psychopharmaka, die ihm jedoch nicht dabei helfen, seine Drogen- und Alkoholsucht zu bekämpfen, sondern ihn nur noch mehr von seiner Umwelt isolieren. Viele US-Kriegsveteranen zerbrechen an dieser Kluft. Die Jury führt aus, dass der Film und sein Protagonist nicht nur ein Menschenrecht bebildern, sondern: „... sich mit filmischen Mitteln und sprachlicher Reflektion einer zentralen

Deutscher Menschenrechtsfilmpreis 2018



Frage heutiger Debatten näher(n): Ist das Menschenrecht auf Gesundheit durch die Verteilung von Pillen verwirklicht und erledigt?“

2020 wird der Deutsche Menschenrechtsfilmpreis wieder verliehen. Bis zur Sichtung in der Vorjury bleibt es spannend, welche Themen die Filmemacher:innen in diesem Jahr angehen werden.

Michaela Lissowsky ist für das NMRZ im Orga-Team des Deutschen Menschenrechtsfilmpreises.

In der ersten Hälfte des Jahres 2019 begann Corrine Venema-Tucker, damalige Praktikantin des NMRZ, ein Forschungsprojekt über Bildung und Flüchtlinge in Deutschland, insbesondere in Bayern, in dem sie untersuchte, wie Flüchtlinge jeden Alters auf Bildung und Bildungsressourcen zugreifen können.

Zusammen mit ihrer damaligen Partnerin Paola Biti interviewte Corrine verschiedene Mitglieder der Zivilgesellschaft, von Schulleiter*innen und Sozialarbeiter*innen bis hin zu Mitarbeiter*innen lokaler Organisationen wie Kreisjugendring, Jugendamt, Caritas und dem Schulamt Nürnberg sowie globaler Organisationen wie UNICEF und dem UNHCR. Das Projekt konzentrierte sich darauf, wie sich ihre Arbeit sowohl mit der Flüchtlingswelle in Deutschland von 2015 bis 2017 als auch mit verschiedenen Gesetzen, die seit der Ratifizierung der CRC (Konvention über die Rechte des Kindes) auf staatlicher Ebene umgesetzt wurden, verändert hat.

Kinderrechtskonvention



Anschließend wurde eine Konferenz organisiert, um einen Raum zu schaffen, in dem offene und ehrliche Gespräche für diejenigen stattfinden können, die mit Flüchtlingen im Bildungssektor arbeiten. Die Teilnehmer*innen diskutierten verschiedene, ähnliche Probleme, mit denen sie bei ihrer täglichen Arbeit mit Flüchtlingen und ihren Familien konfrontiert waren, und erstellten eine Liste vereinbarter Prioritäten, die ihrer Ansicht nach von der Regierung angegangen werden müssen, um die derzeitige Praxis zu verbessern.

Der Tag war ein Erfolg. Alle Teilnehmer*innen erklärten, dass diese Gespräche nicht nur unerlässlich seien, sondern einen proaktiven Ansatz zur Schaffung von Veränderungen verfolgen.

Aus unserem Gästebuch



Am 20. April 2019 besuchten die argentinischen Menschenrechtlerinnen Ana Fraile und Nancy Morales das NMRZ. Ana ist Filmemacherin und hat u.a. einen eindrucksvollen Dokumentarfilm gedreht über die Suche nach dem Anfang 2009 zunächst „verschwundenen“, dann ermordet aufgefundenen Luciano Arruga und die unermüdlichen Bemühungen der Familie, in das Dickicht der polizeilichen Vertuschungen einzudringen. Nancy Morales gehört der Gruppe von Söhnen und Töchtern von Angehörigen der argentinischen Diktatur an, die nicht länger über die Verbrechen ihrer Väter schweigen wollen und gegen viele Widerstände ihre Stimmen erheben.

Am 29. April erhielt das NMRZ Besuch von Viviane Dittrich, der stellvertretenden Direktorin der International Academy Nuremberg Principles, bei dem nach einem fruchtbaren Erfahrungsaustausch eine weitere gute Zusammenarbeit vereinbart wurde.

Im Mai 2019 besuchte Gabriela Gorjón vom Büro des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Mexiko zusammen mit Daniel Tapia vom Ökumenischen Büro München das NMRZ. Gabriela verbringt dort ein längeres Sabbatical.

Im Oktober 2019 besuchte eine Delegation von sechs Menschenrechtler*innen aus Indonesien und Ost-Timor im Rahmen einer vom Goethe-Institut organisierten Deutschlandreise auch mehrere Einrichtungen in Nürnberg. Am 14. Oktober kam die sehr vielfältig zusammengesetzte Gruppe zu einem dreistündigen spannenden Erfahrungsaustausch mit Rainer Huhle ins NMRZ, bei dem die Gäste u.a. über die verschiedenen Wahrheitskommissionen in Indonesien und Ost-Timor sowie über den Versöhnungsprozess nach dem dortigen Krieg berichteten.



Am 25. Oktober 2019 hatte das NMRZ eine Gruppe südafrikanischer Journalist*innen zu Gast, die auf Einladung des Goethe-Instituts in Deutschland Gedenkstätten und Erinnerungsorte sowie Institutionen besuchten, die zu Vergangenheitspolitik und Menschenrechten arbeiten. In Nürnberg besuchte Rainer Huhle vom NMRZ mit der sechsköpfigen Gruppe zunächst die Straße der Menschenrechte; anschließend fand ein Gespräch über deutsche Erinnerungspolitik, historische und Menschenrechtsbildung im NMRZ statt.

... betreibt Menschenrechtsbildung

Bildungsprogramm

Das NMRZ bietet Menschenrechtsseminare, Antidiskriminierungsseminare und historisch-politische Bildungsseminare im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände wie auch im Memorium Nürnberger Prozesse an. Angebote, die an diesen beiden Erinnerungsorten stattfinden, haben immer einen historischen Bezug. In einer Ausstellungsführung, die am Anfang jedes Bildungsangebotes durchgeführt wird, stehen der Ort und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beziehungsweise der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen im Mittelpunkt. Im zweiten Teil des Seminars werden Bezüge zur Gegenwart hergestellt. Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit, das Diskriminierungsverbot, die Wirkung von Menschenrechten und die Entwicklung des Völkerstrafrechts bieten Anknüpfungspunkte für aktuelle politische Fragen. Es kommen Schulklassen, Student*innengruppen auch aus dem Ausland und einige Gruppen der Polizei. Im Jahr 2019 haben sich viele Aus- und Fortbildungsgruppen der Bundeswehr für die Seminare angemeldet, sodass die Inhalte auf diese spezifische Zielgruppe zugeschnitten wurden.

Das Seminar „Diskriminierung trifft uns alle!“ wird sowohl im Dokumentationszentrum als auch direkt im NMRZ durchgeführt. Neben Schulklassen kamen im Jahr 2019 wieder Ausbildungsgruppen aus der Stadtverwaltung zu einem eintägigen Seminar. Häufig konnten wir für diese Zielgruppe mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Bayern e.V. zusammenarbeiten, deren Vertreter die angehenden Verwaltungsfachkräfte informierten.

Menschenrechtsmontag (MeMo)

Auch im Jahr 2019 fanden im Rahmen des Menschenrechtsmontags zahlreiche Veranstaltungen und Vorträge zu verschiedenen menschenrechtsrelevanten Thematiken im NMRZ statt.

Wir wurden informiert und diskutieren unter anderem über:

- Menschenrechte und der Klimawandel
- Umsetzung der Kinderrechtskonvention
- Menschenrechte und Intersexualität
- Vergangenheitsbewältigung im ehemaligen Jugoslawien
- Aktivitäten der argentinischen NGO „Historias desobedientes“
- Menschenrechte in Nicaragua



Ein heißes Konfliktfeld für Menschenrechtsfragen ist der Israel-Palästina-Konflikt – wegen des Zusammenhangs mit der Verbrechen Nazi-Deutschlands an den Juden, wegen der schieren Unlösbarkeit des Konfliktes, wegen der strittigen Zuschreibung von Menschenrechtsverletzungen, wegen der Unterstützung palästinensischer Organisationen, ... Unentwirrbar ist, wieweit dabei Weltbilder auf den Staat Israel projiziert werden. In der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus hat sich dazu ein Unterbereich „Israelbezogener Antisemitismus“ herausgebildet.

Im Rahmen der NMRZ-Reihe „Menschenrechtsmontag“ wollten wir dazu einen Einstieg versuchen: „Israelbezogener Antisemitismus. Was kann eine historisch-politische Menschenrechtsbildung zur Klärung beitragen?“ Als grundlegend für die Beurteilung von „Israelkritik“ gelten dabei die drei „D“s (von Natan Scharanski, einem sowjetischen Dissidenten nach seiner Ausreise nach Israel dort Minister) vor 15 Jahren formuliert : Dämonisierung Israels; Doppelstandards in der Bewertung des Staates und seiner Politik und dadurch Delegitimierung seiner Existenz.

Die Beispiele des Abends waren unter anderen der Streit um Karikaturen in der Süddeutschen Zeitung und um die Meinungsfreiheit für die BDS-Bewegung („Boycott, Divestment and Sanctions“). Zum Hintergrund: Der Bundestag hat am Freitag, 17. Mai 2019, einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „BDS-Bewegung entschlossen entgegengetreten – Antisemitismus bekämpfen“ (19/10191) angenommen. Wie es in dem angenommenen Antrag der vier Fraktionen heißt, rufe die „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung auch in Deutschland zum Boykott gegen Israel, gegen israelische Waren und Dienstleistungen, israelische Künstlerinnen und Künstler, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Sportlerinnen und Sportler auf. Der allumfassende Boykottaufruf führe in seiner Radikalität zur Brandmarkung israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens als Ganzes. Das sei inakzeptabel und scharf zu verurteilen.

Aktualität bekam unsere Diskussion auch durch ein neues EuGH-Urteil, das die EU-Politik bestätigt: Die EU sieht die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten nicht als Teil des israelischen Staatsgebiets. Dort hergestellte Waren dürften nach EU-Recht nicht mit der Herkunftsbezeichnung Israel versehen werden.

Grundsätzlich sollten als Ausgangspunkt für die politische Bildung hier die zwei gegensätzlichen Narrative von Israelis und Palästinensern anerkannt werden, wie sie die KIGA (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus) ausgearbeitet hat.

Der Abend lebte vom tiefen Interesse an den Fragen und vor allem vom Besuch von Aktivistinnen und Aktivisten der INNA (Initiative zur Förderung der Beziehungen zwischen Nürnberg und Nablus e. V.) in der Tradition der Nürnberger Partnerschaftsvereine (www.nablus-initiative.de)

Vortrag „Israelbezogener Antisemitismus“

... berät und nimmt Stellung

Leitlinien gegen das Verschwindenlassen

Rainer Huhle ist Mitte 2019 turnusmäßig aus dem UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen ausgeschieden. Er hat das Verbrechen des Verschwindenlassens und die damit verbundenen Dramen für die betroffenen Familien immer wieder in die Arbeit des NMRZ eingebracht und wird dem Thema auch weiterhin vielfältig verbunden bleiben. Das NMRZ freut sich, dass Rainer Huhle maßgeblich an der Erarbeitung, Diskussion und Verabschiedung der „Leitprinzipien für die Suche nach verschwundenen Personen“ beteiligt war, die allen Behörden als Richtschnur bei der Suche nach Verschwundenen dienen sollen und zugleich den Opfern ihre damit verbundenen Rechte bestätigen. Sie werden seitdem weltweit diskutiert, sind bereits in acht Sprachen übersetzt und helfen hoffentlich, dass die Suche nach Verschwundenen effektiver, aber vor allem auch mit mehr Respekt für die Betroffenen erfolgt. Auch in Deutschland wurden diese Leitprinzipien bereits u.a. im Außenministerium, im Menschenrechtsausschuss des Bundestags und in einer Reihe von Workshops vorgestellt. In diesem Zusammenhang findet auch die im Rahmen des NMRZ entstandene und betreute Website www.gewaltsames-verschwindenlassen.de wieder größeres Interesse.

Schattenbericht Kindersoldaten

Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Kinderrechtskonvention mitsamt ihrer drei Zusatzprotokolle ratifiziert. Im Jahre 2019 legte sie in ihrem jüngsten „Staatenbericht“ gegenüber den Vereinten Nationen Rechenschaft darüber ab, inwieweit sie ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen aus der Konvention und den Protokollen umgesetzt hat. Der Bericht wird im UN-Kinderrechtsausschuss behandelt werden. Als gute UN-Praxis hat sich erwiesen, dass seitens der Zivilgesellschaft ein „Schattenbericht“ erstellt wird, der den offiziellen Staatenbericht kritisch ergänzt. Im Auftrag des Deutschen Bündnis Kindersoldaten und seiner Mitgliedsorganisationen hat Michael Krennerich den „Schattenbericht Kindersoldaten 2019“ verfasst, der von der Kindernothilfe, terre des hommes Deutschland und World Vision Deutschland herausgegeben wird. Wieder geht es darum, wie Deutschland das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention betreffend Kinder in bewaffneten Konflikten („Kindersoldaten-Protokoll“) umsetzt, das es 2004 ratifiziert hat, und ob Deutschland Kinderrechte verletzt. Vorderhand scheint Deutschland davon nicht betroffen zu sein, da hierzulande Militäreinsätze von Minderjährigen verboten sind. Doch geht es bei dem Zusatzprotokoll auch um die Rekrutierung von Minderjährigen durch Streitkräfte.



Der Schattenbericht setzt sich kritisch mit der Rekrutierung und dem Schutz von Minderjährigen in der Bundeswehr sowie mit deren Informations- und Werbemaßnahmen außerhalb und innerhalb von Schulen auseinander. Darüber hinaus thematisiert er den Umgang mit nach Deutschland geflüchteten Kindersoldatinnen und Kindersoldaten, den Waffenhandel in Krisengebieten und in Länder, in denen Kindersoldatinnen und Kindersoldaten rekrutiert werden, sowie die außen- und entwicklungs-

politischen Bemühungen Deutschlands, Kinder in bewaffneten Konflikten zu schützen und deren Reintegration zu fördern.

Die deutsche Fassung des Berichts ist u.a. auf Webseiten des NMRZ und von terre des hommes abrufbar.

Alle zwei Jahre legt die Bundesregierung dem Bundestag einen Bericht über ihre Menschenrechtspolitik vor. Zu dem 13. Bericht führt der Bundestagsausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe am 5. Juni eine Öffentliche Anhörung mit Sachverständigen durch. Wie bereits im Falle des siebten, achten, neunten, zehnten und zwölften Menschenrechtsberichts war Michael Krennerich auch dieses Mal als Experte zur Öffentlichen Anhörung eingeladen. Mit „Menschenrechtspolitik in unsicheren Zeiten“ war seine schriftliche Stellungnahme überschrieben, mit der er die vorab gestellten Fragen der Bundestagsfraktionen beantwortete. Angesichts solcher unsicheren Zeiten forderte Michael Krennerich in seinem mündlichen Eingangsstatement nicht nur ein deutliches, weithin vernehmbares Bekenntnis zu den Menschenrechten, sondern auch mutiges Handeln und eine überzeugende Strategie, wie die Menschenrechte auch und gerade gegen Widerstände geachtet, geschützt und gefördert werden können. Der Bericht sei daran gemessen enttäuschend, sei eher Ausdruck von einem „business as usual“. Weiterhin kritisierte Michael Krennerich die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung und hob die Bedeutung von sozialen Menschenrechten auch in Deutschland hervor. Dokumentiert sind die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen und die Anhörung auf der Webseite des Menschenrechtsausschusses des Bundestages; das mündliche Eingangsstatement von Michael Krennerich findet sich darüber hinaus auch auf YouTube.

Anhörung zum Menschenrechtsbericht der Bundesregierung

Eindeutigkeit gegen völkische Weltbilder

von Otto Böhm

Im Jahr 2019 ist das Nürnberger Menschenrechtszentrum der Allianz gegen Rechtsextremismus beigetreten. Das ist nicht überraschend – man könnte im Gegenteil sogar fragen: „Warum erst jetzt?“. Implizit ist ja Menschenrechtsarbeit immer auch Engagement gegen Diskriminierung, gegen die so genannte „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, die den Anderen oder die Andere abwertet. „Rassismus ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit ... Antiziganismus ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit ... Homophobie ist, eine Ideologie der Ungleichwertigkeit ... Muslimfeindlichkeit ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit.“ (Thomas Krüger, Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung 2014 auf der Tagung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“). Das Menschenrechtszentrum hat schon vor vielen Jahren historisch-politische Menschenrechtsseminare konzipiert und führt sie seitdem mit dem Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg durch. Sie alle gehen auch von Diskriminierungs- und Verletzungserfahrungen aus, die Menschen im Nationalsozialismus machen mussten.

Dennoch sollten wir das Jahr 2019 als Datum verstehen, mit dem eine noch explizitere Bezugnahme der Bildungsarbeit auf nationalistische und völkische Weltbild-Elemente in Seminaren stattfindet. Die politischen Ereignisse des Jahres brauchen nicht aufgezählt zu werden. Die vor zehn Jahren erfolgreich unter die Menschen gebrachte Parole „Deutschland schafft sich ab“ wird inzwischen auf vielen Ebenen als Aufforderung zur „Selbstverteidigung“ gegen unterschiedliche Bedrohungen verstanden und umgesetzt.

In Nürnberg arbeiten verschiedene Initiativen, auch das Menschenrechtsbüro der Stadt, kontinuierlich zum Thema NSU. Das Dokumentationszentrum zeigte eine Ausstellung „Blutiger Boden“. In diesem Rahmen fand eine beeindruckende Veranstaltung statt, nach der wohl allen klar geworden war, wie die Verfassungsschutzbehörden und polizeilichen Ermittler mindestens fahrlässig mit dem rechten Terror umgegangen sind. Für die Menschenrechte der Einwanderer-Communities heißt das – Feridun Zaimoglu hat das auf dieser Veranstaltung deutlich gemacht – dass sie sich durch die Institutionen des deutschen Staates nicht gesichert fühlen.

Eine andere Gruppe von Menschen in Deutschland – die Angehörigen der jüdischen Gemeinden – ist am 9. Oktober mit dem Anschlag in Halle erschüttert worden. Kurt Kister schreibt Wochen danach im Leitartikel der Süddeutschen Zeitung: „Gegen rechts braucht es mehr als polizeiliche Aufrüstung. Es braucht politische Herzensbildung, es genügt nicht, mit den Mitteln des Strafrechts gegen antisemitische Äußerungen und Taten vorzugehen; es genügt nicht, Menschen unter Beobachtung halten zu wollen, die sich längst zu Judenfeindschaft, Hass und Gewalt bekennen. Wir müssen jene erreichen, die dabei sind, sich in Ressentiments einzurichten, die noch auf dem Weg sind in eine Welt der Vorurteile und Verschwörungstheorien. Was es dazu braucht, wissen wir seit Langem – so lange schon, dass uns die einschlägigen Begriffe wie aus der Zeit gefallen erscheinen. Aber wir haben keine besseren: Aufklärung, Bildung, Erziehung. Politische Bildung ist gesellschaftliche Herzensbildung; sie ist, und als Aufgabe so unabschließbar wie die kritische Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit.“

Wir sollten das nicht so sehr als Bestätigung durch den SZ-Chefredakteur lesen (auch NN-Chefredakteur Alexander Jungkuntz forderte am 24.1.2020: „Mehr tun gegen den Hass. Für mehr Bildung, mehr (Kennen)Lernen.“) Eher schon stellt sich uns die Frage, ob der Bereich der politischen Bildung zu ineffektiv oder zu phantasielos ist – oder ob wir die Ressentiments der Menschen gar nicht mehr erreichen. Denn wir müssen uns darüber klar werden, dass wir als die „internationalen Menschenrechtsaktivisten“ vielfach als abgehobene Kosmopoliten empfunden oder denunziert werden. Angesichts dieser Spaltung der Gesellschaft (nur eine neben anderen) hat Menschenrechtsbildung nicht nur die Aufgabe, für einzelne Gruppen und Ziele zu mobilisieren und sie durchzusetzen, sondern auch die Menschenrechte insgesamt als gesellschaftliches Prinzip und Korrektiv zu erklären.

In pädagogischen Situationen geht es dabei – anders als in der Politik –, weniger um Durchsetzung als um Nachvollziehbarkeit. In pädagogischen Situationen haben wir auch den Vorteil, dass wir normalerweise nicht auf direkte politische Propaganda stoßen; wir begegnen selten Menschen, mit denen sich nicht mehr reden lässt. Die versammeln sich woanders, sie kommen nicht in unseren pädagogischen Schonraum. Deswegen sollte

von der politischen Bildung nicht zu viel erwartet werden. „Rausgehen und mit den Leuten reden“, wie es Klaus Ott, verantwortlich für die Medienbildung in der SZ, in einem Leitartikel vom Dezember fordert, das müssen diejenigen schon selbst machen, die oft als „Elite“ oder „Kaste“ verunglimpft werden.

Das NMRZ ist in der historisch-politischen Menschenrechtsbildung im vergangenen Jahr in einer Hinsicht weitergekommen: Verstärkt kommen Teile der Bundeswehr, Polizistinnen und Polizisten in der Ausbildung, Interessierte aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in die Seminare (vor allem im Rahmen des Bildungsangebotes des Memorium). In der Auseinandersetzung mit Menschenrechtsfragen dieser Gruppen in ihren beruflichen Zusammenhängen muss die oben geforderte Schärfung gegen Diskriminierungen stattfinden. Dabei kommen vor allem bei Führungen und Seminaren im Memorium und im Dokuzentrum immer wieder Versatzstücke eines ‚Geschichtsrevisionismus‘ zum Vorschein, der die Verantwortung für die Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges gleichmäßig auf alle Völker verteilen will. Dem stellen wir keine Kollektivschuld-These entgegen, aber wir halten in der Bildungsarbeit daran fest, dass Organisatoren von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschheit auch benannt werden müssen. Menschenrechte werden vom Individuum aus, von seinem Schutz, seiner Freiheit, aber auch von seiner Verantwortung her gedacht.

In der historisch-politischen Menschenrechtsbildung ausdrücklich Rechtsextremismus thematisieren – was heißt das? Antworten gibt es schon lange darauf; hier sollen nur drei Stichworte in Erinnerung gerufen werden. Sie sollen uns und anderen Mut machen, denn oft wird das Thema als „politisch heikel“ vermieden. Dabei gibt es eigentlich genug Klarheit gegenüber dem Rechtsextremismus. Der Menschenrechtsphilosoph Georg Lohmann formulierte sie vor 20 Jahren so: „Als normativer Maßstab der Beurteilung bieten sich die Menschenrechte an. Sie sind einmal in ihrem moralischen Gehalt universell begründbar und heute weitgehend auch faktisch als normativer Minimalstandard akzeptiert, zum anderen in der Gestalt von Grundrechten die normative Basis unserer demokratischen Rechtsordnung. Mit den moralisch begründeten Menschenrechten und mit den juristisch positivierten Grundrechten schützen wir die uns

besonders wichtig erscheinenden Freiheiten, Bedürfnisse und Verletzbarkeiten von jedem Menschen respektive von jedem Bürger. Der Nachweis, dass bestimmte Vorstellungen im Widerspruch zum normativen Gehalt der Menschenrechte stehen, hat daher besonderes Gewicht.“

Seitdem wurden in der schulischen und außerschulischen Bildung viele Programme gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie, Toleranz und Vielfalt umgesetzt, auch in Nürnberg. Es gibt bundesweit Netzwerkarbeit, mobile Beratung, Anti-Gewalttrainings und Argumentationshilfen, Kultur- und Toleranzprojekte, Schulprojekte. Insgesamt sollte aber wohl die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen, die nicht von diesen Programmen erreicht werden, noch stärker in den Mittelpunkt der Anstrengungen gerückt werden. Da muss die politische Bildung den Ball wieder zurück an die sozialen und politischen Akteure der verschiedenen Ebenen spielen.

Eine grundlegende Selbstverpflichtung der politischen Bildung ist, die zur Kontroversität. Sie ist mit dem „Ausklammern von ‚heißen Eisen‘ aus der Sorge, das ‚Geschäft der Rechtspopulisten‘ zu betreiben“ nicht vereinbar. Gibt es dabei aber doch Grenzen der Neutralität? Hendrik Cremer, Mitarbeiter des Deutschen Institutes für Menschenrechte, kommt zu diesem Fazit: „Wird der Grundsatz der gleichen Menschenwürde und der Rechtsgleichheit eines jeden Individuums in Frage gestellt, haben Lehrer_innen sowie Akteure im Rahmen staatlich geförderter Bildungsarbeit dem zu widersprechen, auch wenn es sich um Positionen politischer Parteien handelt. Wesentlich ist allein, dass die Auseinandersetzung sachlich erfolgt.“ Für diese sachliche Auseinandersetzung mit antidemokratischen und extremistischen oder diskriminierenden Aussagen, auch wenn sie von Teilnehmerinnen und Teilnehmern kommen, wollen wir uns weiter qualifizieren.

... mischt sich in Menschenrechtspolitik ein

Forum Menschenrechte

Im Rahmen des bundesweiten Netzwerkes „Forum Menschenrechte“, dem rund 50 nichtstaatliche Organisationen angehören, betreibt das NMRZ eine aktive Advocacy- und Lobbyarbeit für die Menschenrechte. Dazu gehören Gespräche mit dem Außenminister, der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung und dem Menschenrechtsreferat im Auswärtigen Amt (AA), mit dem Innenministerium (BMI), dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), dem Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) und weiteren Ministerien – sowie der regelmäßige Austausch mit den Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses des Bundestages. Koordiniert wird die Arbeit des „Forum Menschenrechte“ durch einen achtköpfigen Koordinierungskreis, dem Michael Krennerich bis 2020 angehört. Bei dem alljährlichen Gespräch mit dem Außenminister forderte das Forum Menschenrechte ein entschiedenes Eintreten für die Menschenrechte und Ausbau von Kapazitäten zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit und in Deutschland. Michael Krennerich war zudem stark eingebunden in die Lobbyarbeit für die – noch immer ausstehende – Ratifikation des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt. Es ermöglicht Menschen, die sich in ihren Menschenrechten in Deutschland verletzt fühlen, nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs sich mit einer Beschwerde an den entsprechenden UN-Ausschuss zu wenden.

Deutsches Institut für Menschenrechte

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) e.V. informiert als unabhängige nationale Menschenrechtsinstitution die Öffentlichkeit über die Lage der Menschenrechte im In- und Ausland, berät Regierungen, Parlamente und Justizorgane und trägt zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen sowie zur Förderung der Menschenrechtskultur in Deutschland bei. Das NMRZ ist Mitglied im Trägerverein des Instituts. Michael Krennerich ist Mitglied des Kuratoriums des DIMR, das u.a. die allgemeinen Richtlinien für die Arbeit des Instituts beschließt.

Nürnberger Bündnis Fair Toys

Das Nürnberger Menschenrechtszentrum setzt sich seit 2002 mit vielen anderen PartnerInnen im „Nürnberger Bündnis Fair Toys“ (NBFT) für verbindliche Sozial- und Umweltstandards

und grundlegende Arbeitsnormen in der Spielzeugindustrie ein. Das NBFT fordert die SpielzeugherstellerInnen und den Handel in Deutschland dazu auf, ihre Verantwortung zu übernehmen und für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in den Spielzeugfabriken weltweit zu sorgen.

Die Zustände in den meist asiatischen Spielzeugfabriken sind vergleichbar mit denen in der Bekleidungs- und IT-Branche. Die Gründe für die oftmals schlechten Arbeitsbedingungen sind: Die Produktionsaufträge werden an externe Fabriken in „Billiglohn-Ländern“ vergeben, der Kostendruck ist hoch, und die Lieferfristen sind oftmals sehr knapp bemessen. Um diesen komplexen Problemen in der Bekleidungsbranche beizukommen, haben sich die verschiedenen Stakeholder in der „Fair Wear Foundation“, einer Nichtregierungsorganisation, zusammengeschlossen. In dieser treten Unternehmensverbände, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen als gleichberechtigte Partner zusammen, um gemeinsam Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu diskutieren und umzusetzen.

Die durch das NBFT initiierten regelmäßigen Treffen der industriellen und zivilgesellschaftlichen Stakeholder verfolgen einen ähnlichen Ansatz. Das Ziel ist klar: Die Gründung der „Fair Toys Organization“. Das Ziel ist nah: Die FTO soll im Frühjahr 2020 gegründet werden. Das Ziel ist nicht das Ende: Nach der formellen Gründung der FTO müssen die Mitglieder, Vorreiterunternehmen der Spielwarenindustrie und des Spielwarenhandels, Gewerkschaftsvertreter*innen und Nichtregierungsorganisationen ein umfassendes Kontrollsystem einrichten, um die, sich in der vorläufigen Satzung widerspiegelnden, Werte und Absichten zu verwirklichen, sodass gezielt auf menschenwürdigere Arbeitsbedingungen hingearbeitet werden kann. Denn Spielwaren, die Kindern Freude bereiten sollen, sollten nicht auf Kosten der Herstellenden produziert werden.

Team

Praktikantinnen und Praktikanten

Das Büro des Nürnberger Menschenrechtszentrums lebt von der Mitarbeit unserer engagierten Praktikantinnen und Praktikanten. Im Jahr 2019 haben uns 19 Menschen aus sieben Ländern unterstützt und einen Einblick in die Menschenrechtslage ihrer Heimatländer gegeben. Dazu gehört neben Deutschland die USA, Serbien, Ägypten, Russland, Südkorea und der Iran. Mit ihren persönlichen Erfahrungen und eigenen Perspektiven haben sie alle einen wertvollen Beitrag zur Arbeit des NMRZ geleistet.

Noch im Dezember 2018 starteten Erik Schmidt und Corinne Venema-Tucker ihr Praktikum. Erik arbeitete zum Thema Recht auf Wasser, während Corinne sich mit der UN-Kinderrechtskonvention auseinandersetzte. Im Januar 2019 ergänzte Petar Ristic das Team und setzte sich mit der Legitimität des ICTY im ehemaligen Jugoslawien auseinander. Im Februar unterstützten Sophie Tzschabran und Natalie Friedl das Büro. Sophie berichtete über den UN-Report der Commission of Inquiry des HRC über die „Great March of Return“-Proteste in den Palästinensischen Gebieten 2018; Natalie schrieb über die Kriminalisierung indigener Menschenrechtsverteidiger*innen. Tobias Bauer unterstützte das Team ab März und forschte zum Thema Recht auf Wasser und virtuelles Wasser. Ab April kamen schließlich drei weitere Praktikantinnen dazu: Camila Chaudron, Hannah Schreyer und Dana Habib realisierten gemeinsam ein Filmprojekt zum Thema Flucht und Migration. Camila führte darüber hinaus ein Interview mit dem mexikanischen Menschenrechtsaktivisten Alfredo López.

Im Juli setzte sich Clara Dinkelbach mit dem System der Vereinten Nationen auseinander, während Svenja Lobmeier das Thema Zwangsmaßnahmen an psychisch Kranken kritisch beleuchtete. Die Berufssoldatin Bettina Schäffler unterstützte das Büro im August mit Recherchen zum Thema Kindersoldaten, während Lara Heisse zu den LGBTQI*-Rechten arbeitete.



Ab September stieß Daria Grishchenko zum Praktikant*innenteam. Neben ihrem Projekt zum Menschenhandel in Russland leistete sie einen großen Beitrag zum Social-Media-Auftritt des NMRZ. Gemeinsam mit Lena Meiser, Sohyun Park und Peter Ruiz, die auch im September zum Büroteam stießen, organisierte sie zudem die 30-jährige Jubiläumsfeier des NMRZ. Dabei half ab Oktober auch Theresa Dawidek, die außerdem zum Thema Klimawandel und Menschenrechte forschte. Ab November ergänzte schließlich Monireh Zahedi das Team und unterstützte insbesondere das Social-Media-Team bei der Recherche und Vorbereitung von Beiträgen. Die Mitarbeit der Praktikantinnen und Praktikanten hat das NMRZ auch im Jahr 2019 entscheidend geprägt. Ihnen allen danken wir im Namen des NMRZ herzlich für ihr großes Engagement, den interessanten Austausch und die wertvolle Unterstützung in allen Angelegenheiten. Wir freuen uns sehr, dass uns Viele auch nach Abschluss des Praktikums weiterhin verbunden bleiben und uns ehrenamtlich unterstützen.



Seit Beginn des Jahres begleitet uns Lea Dannich als Büroleiterin in allen wichtigen Fragen. Nachdem sie 2018 ein Praktikum im NMRZ absolvierte und uns auch im Anschluss daran weiter ehrenamtlich unterstützte, koordiniert sie seit Januar 2019 die Büroarbeit und ist zudem eine zentrale Ansprechpartnerin für die Praktikantinnen und Praktikanten. Das NMRZ bedankt sich auch bei ihr herzlich für die engagierte und wertvolle Arbeit.

Büroleitung



Aktive 2019 Das NMRZ wird von ehrenamtlicher Arbeit getragen. Geleitet wird der Verein von einem fünfköpfigen Vorstandsteam, im Jahr 2019 bestehend aus Michael Krennerich (1. Vorsitzender), Nicole Scharrer (2. Vorsitzende), Rainer Huhle, Götz Schwanhäuser und Alice Speck. Hinzu kommen engagierte Praktikantinnen und Praktikanten aus dem In- und Ausland sowie zahlreiche ehrenamtliche Mitglieder.

Sose Baghumyan Sose Baghumyan studierte Politikwissenschaften und Öffentliches Recht an der FAU und hat im Oktober und November 2018 ihr Praktikum absolviert. Seit März 2019 arbeitet sie beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg.

Marialejandra Bernedo Martínez ist Politikwissenschaftlerin und Doktorandin am Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik der FAU Erlangen-Nürnberg. Sie ist seit 2017 Mitglied des NMRZ.

Carl Beyl war Ende 2018 als Praktikant für das NMRZ tätig und ist seit dessen Abschluss aktives Mitglied.

Heiner Bielefeldt, Inhaber des Lehrstuhls für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik der Universität Erlangen-Nürnberg und ehemaliger UN-Sonderberichterstatter über Religions- und Weltanschauungsfreiheit, fördert die Arbeit des NMRZ.

Otto Böhm war im Hauptberuf Mediendokumentar und ist freier Mitarbeiter der Nürnberger Nachrichten. Er ist Gründungsmitglied des NMRZ und war mehrere Jahre lang 1. Vorsitzender. Seine Arbeitsschwerpunkte im NMRZ sind die Internationalen Strafgerichtshöfe und philosophische Grundsatzfragen der Menschenrechte. Er gehört außerdem dem Team Menschenrechtsbildung des NMRZ an.

Sofi Brostean-Kaiser ist studierte Politikwissenschaftlerin und seit 2011 Mitglied des NMRZ. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Memorium Nürnberger Prozesse. Außerdem ist sie Teil des Teams der Menschenrechtsbildung im NMRZ.

Rocío Comas studierte Jura an der Universität von Buenos Aires, absolvierte ihren Master im Fachgebiet Menschenrechte mit dem Fokus auf Geschlechterperspektiven und Kinderrechte und arbeitete für das Regionalbüro Menschenrechte der Vereinten Nationen in Santiago de Chile. Seit 2015 unterstützt sie das NMRZ. Derzeit arbeitet sie an ihrer Doktorarbeit mit dem Schwerpunkt Kinderrechte, Migration und Menschenrechte.

Lea Dannich studiert Jura an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg und ist dem NMRZ nach ihrem Praktikum 2018 als Mitglied beigetreten. 2019 hat sie die Büroleitung des NMRZ übernommen.

Theresa Dawidek ist Biologin und studiert zur Zeit den Master Menschenrechte an der Universität Erlangen-Nürnberg. Sie ist ehemalige Praktikantin des NMRZ. Ihr Themenschwerpunkt ist die Schnittstelle zwischen ökologischen Themen, Medizinethik, naturwissenschaftlicher Forschung im Allgemeinen und Menschenrechten.

Ute Ehrenfeld ist Sonderpädagogin und hat das Team der Menschenrechtsbildung im NMRZ mit aufgebaut. Sie ist Rechnungsprüferin und kümmert sich außerdem um den Themenbereich Inklusion und Fragen der internen Organisation. Zudem vertritt sie das NMRZ gemeinsam mit Gerrit Glupe am „Runden Tisch Menschenrechte“ der Stadt Nürnberg.

Hani Elkhader studiert Politikwissenschaft und Philosophie an der FAU. Er ist seit 2017 im NMRZ aktiv und vertrat dieses 2019 gemeinsam mit Götz Schwanhäuser beim Nürnberger Bündnis Fair Toys. Sein Interessensschwerpunkt liegt bei der Menschenrechtsphilosophie.

Michelle Fowinkel hat Nahoststudien und Politikwissenschaft in Bamberg und Erlangen studiert und arbeitet hauptberuflich im Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. Sie ist seit 2015 Mitglied des NMRZ und leitete 2016 und 2017 das Büro.

Maria Geisler studierte Politikwissenschaften an der Universität Wien und ist seit Mai 2017 Mitglied des NMRZ. Im Moment schreibt sie noch an ihrer Doktorarbeit und war zuvor bereits im Öffentlichen Dienst tätig. Ihre Schwerpunkte liegen im Bereich Menschenrechte, Policy Analyse, Europäisierung sowie Kultur und Politik.

Gerrit Glupe wirkt seit 2008 im NMRZ mit und bringt als Rechtsanwalt juristischen Sachverstand in die Arbeit des NMRZ ein. Er vertritt das NMRZ gemeinsam mit Ute Ehrenfeld am „Runden Tisch Menschenrechte“ der Stadt Nürnberg.

Rainer Huhle ist Politikwissenschaftler und Gründungsmitglied des NMRZ. Er beschäftigt sich vor allem mit Geschichte und Grundlagen der Menschenrechte, internationaler Strafgerichtsbarkeit, Vergangenheitspolitik, und mit Lateinamerika. Er gehört dem Team Menschenrechtsbildung des NMRZ an. Überregional vertritt er das NMRZ im Forum Menschenrechte und war bis 2019 stellvertretender Vorsitzender des UN-Ausschusses zum Schutz von Personen gegen das Verschwindenlassen.

Markus Krajewski, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Völkerrecht und Sprecher des Center for Human Rights Erlangen-Nürnberg (CHREN) an der Universität Erlangen-Nürnberg, fördert die Arbeit des NMRZ.

Felix Krauß arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für den Bay. Landtag. Als Politikwissenschaftler setzt er sich außerberuflich vor allem mit den Herausforderungen und Chancen von Menschenrechten in einer digitalisierten Welt auseinander. Seit seinem Praktikum im Herbst 2018 betreut er die Social-Media-Arbeit des NMRZ.

- Michael Krennerich** ist seit 2007 Vorsitzender des NMRZ. Hauptberuflich ist er Professor für Politikwissenschaft und lehrt Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er ist leitender Herausgeber der „Zeitschrift für Menschenrechte“ sowie (bis 2020) Mitglied des Koordinierungskreises des „Forum Menschenrechte“, des Kuratoriums des Deutschen Instituts für Menschenrechte sowie des beratenden Kuratoriums für Integration und Menschenrechte der Stadt Nürnberg.
- Clara Lanfermann** ist Politikwissenschaftlerin. Sie war von Juli bis September 2018 Praktikantin und ist seitdem Mitglied beim NMRZ.
- Nils Lieber** studiert Philosophy & Economics an der Universität Bayreuth und setzt sich im Rahmen des NMRZ vor allem mit dem Gewaltsamen Verschwindenlassen und der Menschenrechtssituation in Mexiko auseinander.
- Michaela Lissowsky** ist Politikwissenschaftlerin und war bis 2019 die 2. Vorsitzende des NMRZ. Sie hat als Leiterin des Gründungsbüros die Internationale Akademie Nürnberger Prinzipien aufgebaut, am Opferfonds des Internationalen Strafgerichtshofs gearbeitet und promoviert über das Recht auf Entschädigung nach schweren Menschenrechtsverbrechen. Seit Ende 2018 leitet sie das Themenmanagement Menschenrechte der Friedrich-Naumann-Stiftung in Berlin.
- Ulrich Obermeyer**, pensionierter Pfarrer im Schuldienst, initiierte und betreut den Fotowettbewerb des NMRZ, der 2014 erstmalig durchgeführt wurde.
- Helga Riedl** ist Sozialpädagogin und Politikwissenschaftlerin. Sie arbeitet hauptberuflich im Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. Für das NMRZ koordiniert sie das Team der Menschenrechtsbildung des NMRZ, vernetzt es mit anderen Bildungseinrichtungen in Nürnberg und ist an der Ausarbeitung neuer Konzepte beteiligt.
- Franziska Sauer** hat einen Bachelorabschluss in European Studies und studiert im Master Interdisziplinäre Lateinamerikastudien. Sie war von Oktober bis Dezember 2017 Praktikantin und übernahm von Januar bis Dezember 2018 die Büroleitung des NMRZ. Derzeit arbeitet sie für den Bayerischen Flüchtlingsrat.
- Nicole Scharrer** ist Politikwissenschaftlerin und zuständig für die Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit der SPD Nürnberg. Sie engagiert sich seit ihrem Praktikum im Jahr 2016 ehrenamtlich im NMRZ. 2018 unterstützte sie das NMRZ bei der Organisation des Fotowettbewerbs. Sie ist nun für die Betreuung der Praktikantinnen und Praktikanten zuständig.

- Erik Schmidt** studiert Politikwissenschaften und Philosophie an der FAU in Erlangen. Er ist seit 2018 Mitglied beim NMRZ und widmet sich insbesondere den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten.
- Klaus Schüler** berät das NMRZ als Rechtsanwalt im Ruhestand in juristischen Fragen und unterstützt den Vorstand aktiv bei der Organisation von Veranstaltungen. Die Praktikantinnen und Praktikanten betreute er engagiert bis Dezember 2017.
- Regine Schunda** ist Juristin mit internationaler Ausbildung und beruflicher Tätigkeit im Wirtschaftsrecht. Sie fördert insbesondere Projekte mit Bezug zum europäischen und internationalen Menschenrechtsschutz und zum Thema Menschenrechte und Wirtschaft.
- Götz Schwanhäüßer** ist Gründungsmitglied des Nürnberger Menschenrechtszentrums. Er ist Diplomkaufmann und setzt seine Kenntnisse seit Beginn als Kassenwart für die rechtschaffene Verwendung der Finanzmittel ein.
- Armin und Annegret Seufert** recherchieren zu menschenrechtlichen Themen mit historischem Bezug. Beide waren bis 2017 zehn Jahre lang im Vorbereitungskomitee der „Lateinamerika-Woche“ für ein konstant interessantes und lebendiges Programm verantwortlich.
- Alice Speck** ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet in der PR-Branche. Seit 2015 ist sie Mitglied des Vorstands des NMRZ und kümmert sich dort um die Betreuung der Social-Media-Aktivitäten.
- Inge Spiegel** ist Buchhändlerin und Sozialpädagogin. Schon seit vielen Jahren ist sie in der Menschenrechtsbildung im NMRZ, im Dokumentationszentrum und im Memorium tätig. Ihr Schwerpunkt liegt dabei auf der Antidiskriminierungspädagogik.
- Corrine Venema-Tucker** ist seit Oktober 2018 ehrenamtlich beim NMRZ tätig. Mit einem Hintergrund in der Pädagogik wurde sie von Dezember 2018 bis März 2019 Praktikantin, wobei sie ein Forschungsprojekt für Flüchtlinge und Bildung in Deutschland leitete. Heute ist sie Mitglied des Social-Media-Teams und freut sich über die Arbeit, die das NMRZ leistet.
- Ulrike Wickbold** studiert English and American Studies und Soziologie an der FAU Erlangen-Nürnberg. Von Oktober 2014 bis Dezember 2015 leitete sie das Büro des NMRZ und betreute überwiegend den Webauftritt und die Facebook-Seite des NMRZ.

Neben den namentlich genannten NMRZlerInnen gibt es zahlreiche weitere aktive Mitglieder und Freunde, die die Arbeit des NMRZ fördern.

Wir freuen uns, wenn Sie das NMRZ direkt durch eine Spende unterstützen möchten!

Kontonummer: 350 51 97

BLZ 52060410

IBAN: DE97520604100003505197

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft eG

Das Nürnberger Menschenrechtszentrum ist vom Finanzamt Nürnberg als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind daher abzugsfähig.

Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V.

Hans-Sachs-Platz 2

90403 Nürnberg

Tel.: +49-(0)911-230 55 50

Fax: +49-(0)911-378 17 78

E-Mail: buero@menschenrechte.org

www.menschenrechte.org

Facebook: [NuernbergerMenschenrechtszentrum](https://www.facebook.com/NuernbergerMenschenrechtszentrum)

Instagram: [@nbg_menschenrechtszentrum](https://www.instagram.com/nbg_menschenrechtszentrum)

Twitter: [@N_M_R_Z](https://twitter.com/N_M_R_Z)



memorium
nürnberger prozesse
museen der stadt nürnberg



Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V.

Hans-Sachs-Platz 2

90403 Nürnberg

Tel. +49-(0)9 11-2 30 55 50

Fax +49-(0)9 11-3 78 17 78

E-Mail: buero@menschenrechte.org

www.menschenrechte.org

Facebook: [NuernbergerMenschenrechtszentrum](https://www.facebook.com/NuernbergerMenschenrechtszentrum)

Instagram: [@nbg_menschenrechtszentrum](https://www.instagram.com/nbg_menschenrechtszentrum)

Twitter: [@N_M_R_Z](https://twitter.com/N_M_R_Z)